

Inhalt

1-4	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Städtetag: Zuwanderung besser steuern und reduzieren, Integration ermöglichen • Positionspapier: SGB II weiterentwickeln
4	Beschlüsse
6-10	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Urban Thinkers Campus Mannheim appelliert, die Städte und ihre Bürgerschaften zu stärken Von Dr. Peter Kurz • Auf nach Frankfurt (Oder): Stadt und Wohnungswirtschaft fördern Integration Von Milena Manns
11	Aus den Städten
12	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Anstrengungen zur Integration verstärken – Bund und Länder sollen Kosten mittragen

Der Deutsche Städtetag hält es für dringend notwendig, die Anstrengungen zur Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in die Gesellschaft zu verstärken. Die Städte sehen sich bei dieser Aufgabe mit Bund und Ländern in einer Verantwortungsgemeinschaft und erwarten, dass Bund und Länder die zusätzlichen Kosten durch den Flüchtlingszuzug für Integration und soziale Leistungen maßgeblich mittragen. Das forderte der kommunale Spitzenverband nach Sitzungen seiner Spitzengremien Präsidium und Hauptausschuss Ende Februar in Schwerin.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Die Integration der lange oder sogar dauerhaft bei uns bleibenden Asylbewerber und Flüchtlinge findet vor Ort statt und ist die eigentliche Herausforderung für die Kommunen. Nur in den Städten und Gemeinden kann Integration gelingen, hier können Menschen unterschiedlicher Herkunft einander kennenlernen, sich austauschen und miteinander leben. Es ist deshalb gut, dass Bund und Länder ein gemeinsames Integrationskonzept erstellen. Daran sollten sie die Kommunen unbedingt beteiligen, damit unsere Erfahrungen berücksichtigt werden. Und darin muss sichtbar werden: Bund und Länder stellen Mittel in Milliardenhöhe bereit, damit die Mammutaufgabe Integration gelingen kann. Die Kommunen sind wichtige Akteure der Integration. Sie brauchen dafür die nötige Unterstützung.“ In den Städten seien zusätzliche Plätze in Kindergärten und Schulen nötig, mehr bezahlbare Wohnungen, ausreichende Angebote für Sprachunterricht und Integrationskurse sowie Hilfen für den Einstieg ins Arbeitsleben. Nur wenn die Finanzierungsfragen gelöst werden, könnten die Kommunen die Integrationsangebote bereitstellen, ohne ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger stark einzuschränken oder Einnahmen massiv zu erhöhen.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, betonte: „Integration verlangt Anstrengungen von den Menschen, die sich in unsere Gesellschaft mit unseren bewährten Freiheitsrechten, unseren Werten von Demokratie, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung einfügen. Und Integration ist auch anstrengend für die aufnehmende Gesellschaft. Deshalb müssen wir für die schon lange hier lebenden Menschen die gleiche Aufmerksamkeit zeigen wie für Flüchtlinge. Bei allen Schritten zur Integration darf es keine Konkurrenzen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geben.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zu den finanzpolitischen Forderungen der Städte sagten Lohse und Maly im Einzelnen:

Kommunale Integrations- und Sozialleistungen

- Die Städte fordern, dass der Bund die zusätzlichen Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) voll übernimmt, die durch den Flüchtlingszug entstehen. Der Deutsche Städtetag rechnet in diesem Bereich im Jahr 2016 mit bis zu 1,5 Milliarden Euro zusätzlichen Ausgaben der Kommunen für anerkannte Asylbewerber. Damit die Leistungen dort ankommen, wo sie benötigt werden, könnte der Weg einer Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung gewählt werden. Dieses Verfahren wurde bereits in den ostdeutschen Ländern angewandt, um Sonderlasten im Bereich der Arbeitslosigkeit auszugleichen. Die Länder müssten dabei verpflichtet werden, die Bundesmittel gezielt an die betroffenen Kommunen weiterzuleiten.
- Mehrbedarf wird zudem im Bereich Jugendhilfe anfallen, zum Beispiel für Leistungen für Familien, Hilfen zur Erziehung sowie Beratungsangebote. Zur gezielten Finanzierung ist ebenfalls der Weg über die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung geeignet.
- Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche sollte auch für Integrationsleistungen gelten, zum Beispiel für Sprachunterricht von nicht schulpflichtigen Kindern oder Nachhilfe. Hierbei muss sichergestellt werden, dass auch die Betreuungseinrichtungen selbst solche Leistungen anbieten können.
- Die Länder bleiben aufgefordert, die Ausgaben für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche vollständig zu finanzieren. Eine regional ausgewogene Verteilung dieser Flüchtlinge sollte erreicht werden.
- Die Städte fordern den Bund auf, die Mittel für Integrationskurse noch stärker aufzustocken, um dem hohen Bedarf Rechnung zu tragen.

Ausbau von Kindertagesstätten und Schulen

- Das Bundesfamilienministerium geht aktuell von einem zusätzlichen Bedarf von 80.000 Plätzen in der Kinderbetreuung aus. Deshalb sollte der Bund ein angemessenes Investitionsprogramm auflegen und dafür das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ aufstocken. Die Länder sind gefordert, ihre Beteiligung an den laufenden Betriebskosten der Kitas zu erhöhen.
- Der Deutsche Städtetag fordert die Länder auf, Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen zur Verfügung zu stellen und Programme dafür aufzulegen. Die Länder sollten im Rahmen ihrer Verantwortung für Bildung auch die Mittel für das dringend benötigte zusätzliche schulische Ergänzungspersonal, wie Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Dolmetscher sichern.

Bessere Förderung für den Wohnungsbau

- Von Bund und Ländern gemeinsam erwartet der Städtetag, dass sie die durch den Bevölkerungszuwachs erforderlichen Investitionen bei der ohnehin unterfinanzierten kommunalen Infrastruktur sowie im sozialen Wohnungsbau finanzieren.
- Vor allem in Ballungszentren mit starker Wohnungsnachfrage wird mehr bezahlbarer Wohnraum benötigt. Die Städte begrüßen, dass der Bund für den Zeitraum von 2016 bis 2019 zusätzliche Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro bereitstellt. Diese Bundesmittel müssen von den Ländern für die Wohnraumförderung eingesetzt und darüber hinaus durch eigene Mittel aufgestockt werden. Bund und Länder bleiben aufgefordert, die Höhe der Mittel dem faktischen Bedarf in den Regionen mit knappem Wohnungsangebot anzunähern.

Die Beschlüsse „Finanzrelevante Aspekte der Flüchtlingsfrage“ und „Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ sind abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Deutscher Städtetag: Zuwanderung besser steuern und reduzieren, Integration ermöglichen

Die Städte appellieren eindringlich an die Bundesregierung, alles zu unternehmen, damit die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, zurückgeht und ein neuer Anstieg im Frühjahr vermieden wird. Um den Zuzug besser bewältigen zu können, müsse es gelingen, dass Flüchtlinge in den Nachbarländern der Krisenstaaten bleiben können, die Wanderungsbewegungen innerhalb Europas wirkungsvoller zu steuern und die EU-Außengrenzen besser zu schützen. Die Städte sehen sich zugleich gemeinsam mit Bund und Ländern in der Verantwortung, Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte, die schutzbedürftig sind, bei sich aufzunehmen und angemessen zu versorgen. Das machte der Deutsche Städtetag in Schwerin nach Sitzungen seiner Spitzengremien Präsidium und Hauptausschuss deutlich. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Die Städte und viele Ehrenamtliche tun ihr Bestes, um den Menschen, die lange bei uns bleiben, ihr Ankommen zu erleichtern und ihre Integration zu fördern. Sollten die Flüchtlingszahlen erneut ansteigen, würden allerdings die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Kommunen überfordert. Neben den internationalen Anstrengungen müssen Bund und Länder die vorgesehenen beschleunigten Asylverfahren zügig in die Praxis umsetzen und Menschen ohne Bleibeperspektive anschließend konsequent in ihre Heimatländer zurückführen. Das ist nötig, damit den Kommunen nur noch Flüchtlinge zugewiesen werden, die als Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte unseren Schutz brauchen.“

Die Städte begrüßen grundsätzlich die Gesetzesvorschläge der Bundesregierung, die dazu beitragen sollen, den Flüchtlingszuzug besser zu steuern und zu reduzieren sowie eine erfolgreiche Integration der bei uns bleibenden Menschen zu unterstützen. Dazu zählen neben beschleunigten Asylverfahren in besonderen Aufnahmeeinrichtungen unter anderem auch das Einführen des einheitlichen Ankunftsausweises (Flüchtlingsausweis) sowie der Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Asylbewerbern. Die Aufnahme und angemessene Unterbringung der laufend weiter Zuflucht suchenden Menschen stellt nach Auffassung des Deutschen Städtetages die Kommunen in Deutschland, deren finanzielle Situation ohnehin zum Teil extrem angespannt ist, vor eine kaum mehr tragbare Belastung. Die Städte fordern deshalb Bund und Länder auf, die Kommunen nachhaltig

finanziell zu unterstützen und dadurch die kommunale Selbstverwaltung zu sichern.

Damit die Aufgabe der Integration gemeistert werden kann, halten die Städte es weiterhin für sinnvoll, auch nach der Anerkennung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ihre Verteilung auf die Städte und Regionen zu wahren, jedenfalls solange sie Sozialleistungen beziehen und noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb die Bundesregierung erneut auf, die Zulässigkeit einer Residenzpflicht (Wohnsitzauflage) für Asylbewerber und Flüchtlinge zu prüfen und hierzu geeignete Vorschläge vorzulegen.

Länder sollten Mittel für traumatisierte Frauen und Kinder bereitstellen

Im Hinblick auf die Einstellung gegenüber Flüchtlingen in der Gesellschaft erklärte Städtetagspräsidentin Lohse: „Wir wollen eine Stimmung in der Bevölkerung erhalten, die gegenüber Flüchtlingen von Verständnis, Wohlwollen und Hilfsbereitschaft geprägt ist. Das wird uns nur gelingen, wenn wir Probleme offen ansprechen. Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge sind eine Schande. Sie müssen konsequent geahndet werden. Genauso müssen Straftaten von Asylbewerbern entschieden verfolgt werden, auch durch Ausweisungen. Und wir müssen deutlich machen, was in unserem Land nicht verhandelbar ist, etwa das Recht jedes Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen und sexueller Orientierungen und die Glaubensfreiheit. Integration kann nur gelingen, wenn wir uns auf diesen Grundwertekatalog als Basis für ein gutes Zusammenleben verständigen.“

Der Deutsche Städtetag weist darauf hin, dass unter den Flüchtlingen auch viele alleinstehende Frauen und ihre Kinder sind. Besonders traumatisierte Frauen und Minderjährige, die Gewalt erleiden mussten oder Opfer von Menschenhandel wurden, brauchen besonderen Schutz und niedrigschwellige Beratung, Betreuung und Therapie. „Alle Länder sollten deshalb Mittel bereitstellen für die Schulung von Personen, die sich besonders um die Betreuung von Flüchtlingsfrauen und geflüchteten Minderjährigen kümmern. In einigen Ländern gibt es dazu bereits geförderte Projekte.“

Weitere Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss in Schwerin

- Sozialhilfe für Unionsbürger
- Sicherheit in den Städten
- Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Prävention und Gesundheitsförderung: Umsetzung des Präventionsgesetzes und Bedeutung der städtischen Ebene
- Reform der Pflegeberufe; Pflegeberufsgesetz
- Besseres Miteinander von Mensch und Verkehr – Positionen des Deutschen Städtetages
- Erleichterung der Konzessionsvergabe
- Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre bei der Ausschreibung des ÖPNV
- Besetzung von Schulleistungsstellen
- Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Gemeinsames Positionspapier: Regelungen für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge weiterentwickeln

Die Regelungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) müssen dringend weiterentwickelt und an aktuelle Aufgaben und Problemstellungen angepasst werden. Dazu haben die Bundesagentur für Arbeit, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag als Träger der Jobcenter Ende Februar ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht. Es enthält Vorschläge, wie der notwendigen besseren Förderung von Langzeitarbeitslosen sowie der stark wachsenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylberechtigten innerhalb des SGB II entsprochen werden kann. Außerdem benennt es Möglichkeiten zur Entlastung der Jobcenter sowie zur Vereinfachung der Verfahren im SGB II und gibt Anregungen für eine effizientere Bearbeitung.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Die Jobcenter müssen bessere Möglichkeiten erhalten, um sich innerhalb des SGB II intensiver um die Langzeitarbeitslosen kümmern zu können, weil sie oftmals

keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ihre Vermittlung auch aufgrund von gesundheitlichen und anderen individuellen Problemen schwierig ist. Um diese Menschen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen, sollte der soziale Arbeitsmarkt durch mehr Angebote öffentlich geförderter Beschäftigung ausgebaut werden. Nötig sind hier zudem einfachere Regeln für sinnvolle Tätigkeiten. Bestehende Beschränkungen sollten dazu gelockert und ein geeigneter Einsatz von Langzeitarbeitslosen vor Ort mit der Wirtschaft vereinbart werden.“

Im Positionspapier halten Bundesagentur für Arbeit, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag gemeinsam fest, dass angesichts der Herausforderungen im SGB II beide Finanztitel für Eingliederungsmittel und Verwaltungskosten deutlich aufgestockt werden müssten. Das heißt: Die Jobcenter benötigen eine angemessene Finanzausstattung für gezielte Förderangebote für die Leistungsberechtigten ebenso wie für zusätzliches Personal.

Um Menschen in den Jobcentern intensiver betreuen zu können, sollte das SGB II über die aktuell bereits vom Bundesarbeitsministerium angekündigten Reformen hinaus weiter vereinfacht werden. Dazu sagte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager aus dem Kreis Ostholstein: „Wichtig ist, dass die Jobcenter das nötige Handwerkszeug zur Integration der Langzeitarbeitslosen haben. Viele Regelungen im SGB II sorgen für einen zu hohen Verwaltungsaufwand. So muss etwa die Einkommensanrechnung in den Bedarfsgemeinschaften vereinfacht werden und bei demjenigen erfolgen, der das Einkommen selbst erwirtschaftet. Andere Regelungen sind noch immer zu kleinteilig: Zur Vereinfachung gehören sollte beispielsweise die Einführung einer Bagatellgrenze für Erstattungsforderungen oder auch ein pauschaliertes Einstiegsgeld für Selbständige, die aufstockende Leistungen des Jobcenters erhalten.“

Mit Blick auf die möglichst schnelle Integration der Vielzahl anerkannter Flüchtlinge und Asylbewerber enthält das Positionspapier den Vorschlag, die Sprachkurse zur berufsbezogenen Sprachförderung künftig vom Bundesamt für Migration auf die Jobcenter zu übertragen. Das könnte im Bundesamt zu einer Beschleunigung der Asylverfahren beitragen und Verwaltungswege vereinfachen. Favorisiert wird zudem ein ganzheitlicher Beratungs- und Integrationsprozess, angefangen von der Qualifikationsfeststellung und der

Hilfe bei der Anerkennung von berufsqualifizierenden Abschlüssen über die Sprachförderung bis hin zum Aufbau weiterer beruflicher Qualifikationen und der Heranführung an den hiesigen Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch Praktikumsplätze und Beschäftigungsmaßnahmen. Im Positionspapier wird darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge verpflichtet sind, die ihnen unterbreiteten Angebote der Jobcenter zur Integration in den Arbeitsmarkt anzunehmen. Hinweise auf Chancen und Pflichten müssen Gegenstand des Beratungs- und Integrationsprozesses sein. Bei mangelnder Mitwirkung gelten auch die Sanktionsvorschriften des SGB II.

Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit ist besonders wichtig, die Jobcenter mit der Fülle der aktuell schnell anwachsenden Aufgaben nicht zu überfordern. Dazu sagte Detlef Scheele, Vorstand Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit: „Das SGB II muss einfacher werden. Dafür ist es notwendig, das SGB II durch Pauschalierung zu entlasten und einem Teil der Menschen den Zugang zur Arbeitslosenversicherung zu erleichtern. Flüchtlinge brauchen möglichst schnell die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen. Die BA wäre bereit, bei der Administration zu unterstützen.“

Das gesamte Positionspapier „Weiterentwicklung des SGB II – Vorschläge der SGB II-Träger“ ist abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Kommunales Bauwesen: Positionspapier des Deutschen Städtetages

Der Deutsche Städtetag hat in einem Positionspapier zum kommunalen Bauwesen Voraussetzungen für ein kostengerechtes, termintreues und effizientes Bauen in den Städten bestimmt. Vorausgegangen war die Mitarbeit in der Reformkommission Großbauvorhaben beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Es gilt, die oft knapper werdenden Investitionsmittel im kommunalen Bauwesen angesichts zusehends komplexer werdender Verfahren und Prozesse gleichermaßen effizient wie effektiv einzusetzen. Die Eckpunkte sollen zur Diskussion beitragen, um das kommunale Bauwesen nachhaltig zu stabilisieren und zu sichern, damit die dringend benötigten Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen in die verkehrliche und bauliche Infrastruktur von Kommunen sicher und zuverlässig vonstatten gehen können.

Das Positionspapier steht im Bereich Publikationen, Materialien zum Download bereit unter www.staedtetag.de.

Urban Thinkers Campus Mannheim appelliert, die Städte und ihre Bürgerschaften zu stärken

Von Dr. Peter Kurz

„Der Kampf um eine nachhaltigere Zukunft wird in den Städten gewonnen oder verloren. Wie wir unsere Städte jetzt planen, bauen und organisieren, bestimmt das Ergebnis unseres Bestrebens einer nachhaltigen und harmonischen Entwicklung für morgen.“ (Auszug aus „The Future We Want – The City We Need“, UN-Habitat, übersetzt aus dem Englischen).

Der Urban Thinkers Campus

Der Urban Thinkers Campus (UTC) ist eine Initiative der World Urban Campaign des UN-Siedlungsprogramms (UN-Habitat), dessen wesentliches Ziel in der nachhaltigen Gestaltung urbaner Entwicklungen liegt. Unter dem Titel „Habitat“ fand 1976 der erste Welt-siedlungsgipfel in Vancouver statt; die Habitat II-Konferenz schloss sich 1996 in Istanbul an. Im Oktober 2016 wird die dritte Gipfelkonferenz Habitat III in Quito (Ecuador) stattfinden, in deren Rahmen eine „Neue Urbane Agenda“ verabschiedet werden soll. In Vorbereitung der Habitat III-Konferenz finden weltweit 26 dieser Camps statt, die als offener Raum für den Austausch zwischen städtischen Akteuren fungieren und deren Ergebnisse UN-Habitat als Grundlage für die Entwicklung der Neuen Urbanen Agenda dienen. Neben Paris, Stockholm, Palermo, Barcelona, Genf und Alghero ist Mannheim eine von sieben europäischen Städten, die einen Urban Thinkers Campus ausrichteten. Alle diese Veranstaltungen beschäftigen sich mit der Frage, wie die Stadt, die wir brauchen („The City we need“) gestaltet sein sollte, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Ein Thesenpapier der World Urban Campaign versucht erste Antworten darauf zu geben, indem neun Kriterien für die nachhaltige Stadt der Zukunft definiert werden: Die Stadt, die wir brauchen, ist sozial; ist gut geplant; leicht begehbar und durchreisefreundlich; ist eine regenerative Stadt; ist wirtschaftlich dynamisch und inklusiv; verfügt über eine einzigartige Identität und ein Gefühl für den Ort, sie erkennt Kultur als Schlüssel zu menschlicher Würde und Nachhaltigkeit an; ist eine sichere Stadt; ist eine gesunde Stadt; ist erschwinglich und gerecht; wird auf einer metropolitanen Ebene organisiert.

Alle Urban Thinkers Campi bringen Zivilgesellschaft und Stakeholder zusammen, um entlang bestimmter

Schwerpunkte die vorgeschlagenen Kriterien zu diskutieren, zu verifizieren und – wo erforderlich – zu ändern oder zu erweitern.

Migration und städtische Bürgerschaft

In einer Zeit globaler Migration, in der Kommunen in besonderer Weise von den Herausforderungen, die sich durch Flucht und Vertreibung ergeben, tangiert sind, hat der Mannheimer UTC bewusst das Thema einer „Urban Citizenship in a nomadic world“ in den Fokus gerückt. Hierbei war es aber bedeutsam, nicht nur darauf abzustellen, dass derzeit weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Vielmehr ist es ein globales Phänomen der Gegenwart, dass Menschen im Laufe ihrer Biografie immer seltener nur an einem Ort beheimatet sind. Vor diesem Hintergrund warf der Mannheimer UTC die Frage auf, wie eine städtische Bürgerschaft bzw. eine „Stadtbürgerschaft“ gestaltet werden kann, um Menschen in einer „nomadischen“ Welt eine neue Form von Heimat geben zu können.

Der renommierte US-amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber und Autor des Buchs „If mayors ruled the World“ wies in seiner Eröffnungsrede auf die besondere Rolle von Städten als Ort der Identifikation und Partizipation hin. Weltweit ließe sich beobachten, dass das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die lokale Politik durchschnittlich doppelt so hoch sei, wie in die nationale politische Ebene. Der Grund hierfür liege nicht zuletzt in der pragmatischen, lösungsorientierten Handlungsweise von Kommunalpolitik. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, so Barber, können sich nicht allein mit der (ideologiegetriebenen) Frage von Zuwanderungsbeschränkungen und Aufenthaltstiteln befassen. Vielmehr seien sie diejenigen, die die konkrete Integration vor Ort zu gestalten haben.

Der Mannheimer UTC, der sich über drei Tage erstreckte, brachte rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, die in vier so genannten „Constituent Groups“ entlang bestimmter Gruppen („Bildung & Forschung“, „Kinder & Jugend“, „Unternehmen, Industrie, Gewerkschaften“, „Kommunale Verwaltungen, Regierung, Parlamentarier“) die genannten neun Kriterien aus unterschiedlichen Perspektiven diskutierten. Zusätzlich zu den Constituent Groups wurde in vier „Urban

Thinkers Sessions“ ein breites Spektrum an Fragestellungen debattiert, darunter die Themen „Identität, Integration und Demokratie“ und „Neuerfindung von Governance und Bewertung des neuen urbanen Zeitalters“.

Eine besondere Bereicherung des UTC stellte die Teilnahme von sieben der zwölf Partner- und Freundschaftsstädte Mannheims dar: Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, Bydgoszcz (Polen), Beyoğlu (Türkei), Chisinău (Moldawien), Klaipėda (Litauen), Windsor (Kanada) sowie Zhenjiang (China). Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Städte erweiterten die Debatte um spezifische Perspektiven. So unterstrichen die osteuropäischen Städte etwa, dass globale Migration keineswegs nur eine Herausforderung für die Zielländer und -städte („Arrival Cities“) darstellt, sondern insbesondere die von Abwanderung betroffenen Kommunen vor große Probleme stellt, die ebenfalls gelöst werden müssten, um auch diesen Städten nachhaltige Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Das Mannheim Manifesto

Selbstgesetztes Ziel des Mannheimer UTC war es, die vielschichtigen Ergebnisse der Konferenz in einem Dokument zusammenzufassen, das einen deutlichen Niederschlag in der künftigen New Urban Agenda finden wird. Diese anspruchsvolle Aufgabe nahm der renommierte Städteforscher Charles Landry war, dem auch die Moderation der Konferenz oblag. Das Mannheim Manifesto, das im Rahmen des UTC als vorläufiges Ergebnis verabschiedet und im Wege einer Online-Umfrage unter den Teilnehmenden weiterentwickelt wurde, rückt die Unterschiedlichkeit der Menschen in den Städten als Realität und Chance in den Mittelpunkt. Das Manifesto beschreibt darüber hinaus sechs Kernbotschaften:

1. Die Menschen in den Städten werden als Gestalter ihres eigenen Geschicks und desjenigen ihrer Stadt gebraucht. Es bedarf einer Veränderung von einer kontrollierenden hin zu einer ermöglichenden Verwaltung.
2. Menschen wollen einer Stadtgesellschaft angehören und nicht nur in einer Stadt leben. Alle Menschen in einer Stadt haben Anrecht auf eine städtische Bürgerschaft, unabhängig von ihrem rechtlichen Status.
3. Städte sind globale Akteure, die über Grenzen hinweg kooperieren. Um die globalen Herausforderungen effektiv lösen können, bedarf es jedoch einer neuen Balance zwischen Städten und Nationalstaaten.

4. Die zunehmenden Aufgaben der Städte bei der Lösung globaler Probleme erfordern, dass diese die erforderlichen finanziellen Ressourcen sowie die rechtlichen Kompetenzen erhalten.
5. Die Stadt ist „zuhörend“ und begreift Vielfalt als Realität. Konflikte werden mit Worten ausgetragen, nicht mit Gewalt.
6. Die wesentlichen Hemmnisse auf dem Weg zur Erreichung der „Stadt, die wir brauchen“, sind Macht, Ungleichheit, Monopole und Dominanz.

Der UTC Mannheim erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen an eine offene Diskussionsplattform über urbane Themen. „Mannheim war ein sehr aktives Forschungslabor für die Zukunft der Städte“, lobte Christine Auclair, Koordinatorin der World Urban Campaign bei den Vereinten Nationen den UTC. „In Mannheim gibt es ein starkes Heimatgefühl, das auf Offenheit und Toleranz basiert“, so Auclair weiter. „Mannheim lebt Integration, die Kreativität fördert und so die Zukunft der Städte sicherstellt. An keinem anderen Ort als in Mannheim wäre eine solch engagierte und auf Konsens ausgerichtete Diskussion möglich gewesen.“

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Auszüge aus der Eröffnungsrede von Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse

„Ohne eine kommunale Beteiligung und Verantwortung können die Ziele der New Urban Agenda nicht mit Leben gefüllt werden. Städte können eine ganz entscheidende Rolle dabei übernehmen, nachhaltige Entwicklung in einen Aktionsplan für Stadtentwicklung zu überführen.“...

„Welche Erfahrungen möchten wir einbringen? Da ist vor allem die kommunale Selbstverwaltung, ausgestattet mit den erforderlichen Ressourcen und Handlungsspielräumen. Eine zentrale Rolle der Kommunen im Staatsgefüge, die in Deutschland eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist in zahlreichen afrikanischen und asiatischen Staaten strittig, oftmals sind Kommunen Durchführungsorganisationen des Staates und keine selbstständig verwalteten Ebenen. Für Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung setzen wir uns weltweit ein.“

Unter <http://utc-mannheim.de/> findet sich eine umfangreiche Dokumentation der Veranstaltung.

Auf nach Frankfurt (Oder): Stadt und Wohnungswirtschaft fördern Integration

Von Milena Manns

Es war einmal eine Zeit, in der aus Frankfurt (Oder) nichts Gutes zu vernehmen war: Demografischen Wandel, Kinder- bzw. Altersarmut und Überalterung der Bevölkerung beklagten die Sozialverantwortlichen, Schrumpfung und dispersen Abriss die Stadtplaner. Fehlende Arbeitsplätze und Fachkräftemangel ergänzten die Wirtschaft, Wohnungsleerstand die Wohnungswirtschaft. Hinzu kam ein unklares Selbstbild. Frankfurt (Oder) – Kleiststadt, Frankfurt (Oder) – Universitätsstadt, Frankfurt (Oder) – Sportstadt, versuchten die Marketing-Experten das Image zu profilieren. „In Frankfurt (Oder) ist nischt los“, verhiß Frankfurter Volksmund. „Berlin ist größer, bunter, soziokultureller“, schlossen die Studierenden das Klagelied.

Nun ist eine Zeit gekommen, in der Minus und Minus zu Plus werden, sich gerade diese Mängel zum einzigartigen Standortvorteil zusammenschließen. Auch Frankfurt (Oder) ist verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen. Dieser sozialen Verantwortung stellen sich Frankfurter Akteure der Integrationsarbeit verantwortungsbewusst und gestalten gemeinsam den frankfurterischen Weg des guten Zusammenlebens in der Stadt. Der Boden für diese Chance ist der vermietungsfähige Leerstand im kommunalen Wohnungsunternehmen WOWI. Genährt wird sie durch einen verhältnismäßigen quantitativen Zustrom von Flüchtlingen. Zur Blüte kommt sie schließlich durch den Konsens zwischen Verwaltung, kommunaler Wohnungswirtschaft und Politik – die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ist das oberste Ziel in Frankfurt (Oder).

Stadt und Wohnungswirtschaft haben im Jahr 2015 die Grundlage in zwei Vereinbarungen gelegt. Insgesamt können hier bis zu 480 Asylsuchende mit Wohnraum versorgt werden. Und sie werden nicht einfach „nur“ versorgt, die Spielregeln sind in der Kooperationsvereinbarung klar verankert: Die soziale Mischung bleibt durch ein Belegungsmanagement mit definierten Grenzen gewährleistet. Die Belegung erfolgt analog der Größe der Wohnung. Die Flüchtlinge erhalten mehrere Wohnraumangebote, besichtigen und wählen selbst zwischen den Alternativen aus. Sie erhalten Einzelmietverträge, sodass bei Bleibeaussichten ein direktes Mietverhältnis möglich wird. Zur Intensivierung der dezentralen Unterbringung folgte im September ein Generalmietvertrag. Das vereinfachte Verfahren

ermöglicht es hier der Stadt, Wohnungen zügiger zu möblieren und mit Bewohnern zu versorgen.

Ganzheitliche Maßnahmen fördern die Integration in der Nachbarschaft: Zur Vorbereitung informiert ein Schulungsprogramm die Geflüchteten über das Zusammenleben in einer deutschen Nachbarschaft. Begleitende Informationen liefert ein Wegweiser in sieben Sprachen. Stadt und Wohnungswirtschaft gehen einen transparenten und entschiedenen Weg der Kommunikation: Flyer und Internetseite zum Thema „Asyl und Flucht“ informieren und klären auch über das Grundrecht auf Asyl auf. Ein Mieteranschreiben informiert die Alteingesessenen über die Neu-Frankfurter in ihrer Nachbarschaft, eine Info-Hotline steht für Fragen zur Verfügung. Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens haben sich bereits 2013 interkulturell fortgebildet. Möbel werden an Bedürftige und Fahrradteile an das Repair-Cafe weitervermittelt. Es werden Paten vermittelt, Kleiderspenden gesammelt und niedrigschwellige Begegnungsangebote organisiert. Bei Bedarf werden Sprachmittler eingesetzt. Auch die Hauswarte werden in diesen Prozess einbezogen und auf ihren Einsatz als erste Mittler vor Ort vorbereitet. Gesprächsrunden in den eigenen Mietertreffs setzen die Informations- und Dialogkultur weiter in die Tat um.

Und wenn der frankfurterische Weg erfolgreich beschritten wurde, dann werden Asylsuchende in der Stadt an der Oder ein neues Zuhause nach dem Geist Kleists gefunden haben: „Ein freier, denkender Mensch bleibt nicht da stehen, wo der Zufall ihn hinstößt; oder wenn er bleibt, so bleibt er aus Gründen, aus Wahl des Bessern.“ Die Willkommenskultur wird nicht propagiert, sondern mit großem ehrenamtlichen Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelebt werden. Es wird eine gestärkte mittlere Altersstruktur und weniger Leerstand ohne Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt geben. Gut ausgebildete junge Menschen haben Jobs im Gesundheits-, Pflege- und Bildungssektor. Die Straßen sind belebter. Frankfurt (Oder) ist nicht mehr das kleine oder das andere Frankfurt, sondern selbstbewusste Brückenbauer-Stadt.

Milena Manns
Sozialmanagerin und Quartiersbetreuerin bei der
Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Bundeswettbewerb Klimaschutz im Radverkehr

Schicken Sie Ihre Idee ins Rennen!



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Investitionen in den Radverkehr sind Investitionen in den Klimaschutz.
Darum unterstützen wir Kommunen und Unternehmen bei der Umsetzung
wegweisender Projekte. Reichen Sie Ihre Idee bis zum **15. April 2016** ein.
www.klimaschutz.de/radverkehr





DA DEUTSCHES
AUSSCHREIBUNGSBLATT

Das Auftragsportal.

eVergabe

mit "Vergabeservice" – so einfach wie ein Handschlag

- ✓ Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Vergabeunterlagen
- ✓ Digitale Angebotsabgabe
- ✓ Eigene Bieterdatenbank mit Gewerkeverschlüsselung und Nachweismanagement
- ✓ Webbasierend – einfach und sicher
- ✓ Erweiterbar durch das Modul Vergabemanagement
- ✓ Rechtskonform - erfüllt u.a. die EU-Vergaberichtlinie RL 2014/24/EU

JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!

> deutsches-ausschreibungsblatt.de/evergabe

Köln: Vorreiter der Open-Data-Bewegung

Open Data bezeichnet den freien Zugang für Bürger zu Verwaltungsdaten. Die Stadt Köln ist laut einer Untersuchung des Wirtschaftsberatungsunternehmens PwC Spitzenreiter in Sachen digitaler Transparenz in Deutschland. Das Kölner Open-Data-Portal umfasst aktuell sowohl Strukturdaten als auch Geo-, Finanz-, Beteiligungs-, Veranstaltungs- und Verkehrsdaten, die für alle Bürgerinnen und Bürger zur freien Nutzung, zur Weiterverarbeitung und zur Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden. Außerdem können Datenanfragen und Kommentare direkt an die Verwaltung gestellt werden. Zu erreichen ist das Portal unter www.offenedaten-koeln.de.

Berlin: Neues Beteiligungs- und Informationsportal für Jugendliche

jup! heißt ein neues Berliner Portal, auf dem Jugendliche und junge Erwachsene sich informieren, beteiligen und Angebote erhalten können. Ob das Suchen und Finden von Gleichgesinnten für Hobbys, eigene Inhalte erstellen oder als Plattform für Diskussion und Meinungsaustausch, jup! will all diese Aspekte unter einem Hut vereinen. Dabei konnten Jugendliche bereits in der Konzeption und Entstehung Einfluss nehmen. 700 Berliner Jugendliche wurden befragt, welche Themen und Angebote ihnen besonders wichtig sind, welche sie sich darüber hinaus wünschen würden und wie sie sich ein Jugendportal vorstellen – und sie bestimmten letztlich auch den Namen. jup! Berlin wird durch die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft im Rahmen des Landesprogramms jugendnetz-berlin.de umgesetzt. Zu erreichen ist das Portal unter <https://jup.berlin/>.

Preisträger für Bauherrenpreis in der Kategorie Neubau 2016

Projekte aus Ansbach, Bochum, Hamburg, Konstanz, München, Stuttgart, Würzburg sowie drei Projekte aus Berlin wurden mit dem Deutschen Bauherrenpreis in der Kategorie Neubau ausgezeichnet. Ausgelobt wurde der Preis, von der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem Bund Deutscher Architekten und dem Deutschen Städtetag. Die prämierten Bauprojekte setzten das diesjährige Leitbild „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ vorbildlich um. Zu den Preisträgern gehören beispielsweise integrative Wohnprojekte (Bochum), die innovative Ausnutzung einer eingegengten Brache (Berlin) oder ein moderner, barrierefreier und besonders energieeffizienter Neubau nicht sanierbarer Gebäude (Ansbach). Die Dokumentation aller Preisträger und alle weiteren Informationen sind abrufbar unter www.deutscherbauherrenpreis.de.

Göttingen: Broschüre „Der Minijob – Da ist mehr für Sie drin“

Das Frauenbüro der Stadt Göttingen hat gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle des Landkreises Göttingen die Broschüre „Der Minijob – Da ist mehr für Sie drin!“ veröffentlicht. Die Broschüre informiert über rechtliche Grundlagen, beispielsweise über Arbeitsverträge, Urlaub, Steuern, Riester-Förderung, Mindestlohn, Tariflohn, Krankenversicherung und Lohnfortzahlung, auch wenn Kinder krank sind. Sie berücksichtigt alle gesetzlichen Änderungen ab dem 1. Januar 2015 und enthält einen Musterarbeitsvertrag.

Die Broschüre kann als PDF-Datei heruntergeladen werden unter www.frauenbuero.goettingen.de.

Anforderungen an künftige Zensen: Positionen des Deutschen Städtetages

Die amtlichen Einwohnerzahlen haben auf zahlreichen Themenfeldern und nicht zuletzt für die kommunale Finanzausstattung aller Städte und Gemeinden eine elementare Bedeutung. Deshalb hat der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier Anforderungen an künftige Zensen in Deutschland aus Sicht der Städtestatistik erarbeitet.

Auf dieser Grundlage wird der Deutsche Städtetag die kommunalen Interessen in den anstehenden Gesetzgebungsverfahren zum Zensus 2021 vertreten. Das Positionspapier steht zum Download bereit unter www.staedtetag.de.

Bund fördert kommunales Bildungsmanagement zur Integration

Eine der großen Herausforderungen für die deutschen Städte ist die angemessene Integration von Flüchtlingen in das deutsche Bildungssystem. Um diese Aufgabe für die Kommunen zu erleichtern, finanziert das Bundesministerium für Bildung und Forschung kreisfreien Städten bis zu drei Personalstellen. Die Mitarbeiter sollen Koordinierungsaufgaben übernehmen und einen Überblick über die Bildungsinfrastruktur einer Kommune haben, um Bildungsangebote für Flüchtlinge zu optimieren und den Einstieg in das deutsche System zu erleichtern. Weiterhin soll ihnen eine Schnittstellenfunktion zwischen Verwaltung und Bürgerschaft zukommen – sie sollen insbesondere das zivilgesellschaftliche Engagement einbinden.

Interessierte Kommunen bewerben sich mit einem Konzept zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte. Förderanträge können noch zum 1. Juni und 1. September eingereicht werden. Die vollständige Bekanntmachung finden Sie unter www.bmbf.de.

Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit

Auch in Deutschland besteht ein Zusammenhang zwischen sozialer Lage und dem Risiko zu erkranken. Der Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit will Strategien zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten anregen und hat in Good Practice-Steckbriefen zwölf Kriterien für eine gute Praxis erstellt. Darin geht es beispielsweise um ein Multiplikatorenkonzept, Zielgruppenbezug, Partizipation oder Nachhaltigkeit. Die Kriterien sollen einen fachlichen Orientierungsrahmen für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen für Gesundheitsförderung und Praktikerinnen und Praktikern ein Instrument für die Auseinandersetzung mit der Qualität der eigenen Arbeit bieten.

Neben einer Definition des jeweiligen Kriteriums erhalten sie nun erstmals Stufenleitern für die Umsetzung. Die Kriterien sollen die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses für gute Praxis in der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung über alle Handlungsfelder hinweg unterstützen. Die Steckbriefe sind abrufbar bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unter www.bzga.de.

„Kultur öffnet Welten“: Bundesweite Aktionswoche vom 21. bis 29. Mai 2016

Bund, Länder und Kommunen unterstützen gemeinsam die bundesweite Initiative „Kultur öffnet Welten“. Um die Arbeit der Initiative einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, soll jährlich eine Aktionswoche stattfinden. Diese ist erstmals für die Woche vom 21. bis 29. Mai 2016 vorgesehen. In der Aktionswoche machen Künstlerinnen und Künstler gemeinsam mit Kultureinrichtungen die kulturelle Vielfalt ihrer Region für Menschen aller Altersgruppen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft erlebbar. Die bundesweite Initiative knüpft an den Welttag der kulturellen Vielfalt am 21. Mai an. Beteiligen können sich Kultureinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler, die sich durch ihr Programm zu den Zielen der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bekennen. Am 21. Mai 2016 wird im Deutschen Historischen Museum Berlin die zentrale Eröffnungsveranstaltung stattfinden.

Ab sofort können sich Interessierte auf dem neuen Internetportal www.kultur-oeffnet-welten.de anmelden. Das Online-Angebot fördert die Sichtbarkeit und den Austausch der teilnehmenden Akteure. Das Netzwerk junge ohren e.V. ist die bundesweite Koordinierungsstelle. Bei Bedarf unterstützt es die teilnehmenden Akteure bei der Initiierung der Projekte sowie der Vernetzung vor Ort. Mehr Informationen unter www.kultur-oeffnet-welten.de.

Wettbewerb für deutsche Schwimmbäder ausgelobt

Unter dem Motto „Aktivsein für die ganze Gesellschaft“ steht der diesjährige „Public Value Award für das öffentliche Bad“. Der Preis wird von der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e.V. vergeben. Er zeichnet jene Bäder aus, die über die Grundversorgung hinaus die Lebensqualität in ihrer Stadt erhalten und steigern. In den Kategorien Hallen-, Kombi- und Freizeitbäder sowie für Freibäder können sich alle Schwimmbäder bewerben, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und von der öffentlichen Hand direkt oder indirekt mitfinanziert werden. Der Preis ist nicht dotiert, belohnt die Gewinner allerdings mit einer Plattform zur Darstellung auf der Fachmesse „interbad“. Anmeldeschluss ist der 24. Mai 2016. Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen können Sie abrufen unter www.baederportal.com.



STADTRÄTIN ODER STADTRAT

Die Universitätsstadt Göttingen mit ca. 130.000 Einwohnern ist das Oberzentrum für Südniedersachsen und Teil der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg. Sie sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

Stadträtin oder einen Stadtrat als Leiterin oder Leiter des Dezernats Soziales und Kultur (Dezernat C).



Die Stadträtin oder der Stadtrat wird auf acht Jahre gewählt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung nach **Besoldungsgruppe B 5**. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung nach den gesetzlichen Bestimmungen gezahlt.

Das Dezernat C hat seinen inhaltlichen Schwerpunkt in den Bereichen Soziales und Kultur. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen deshalb über einen zu diesem Schwerpunkt passenden Bildungsabschluss verfügen.

Zum Dezernat gehört auch das Gesundheitsamt für die Stadt und den Landkreis Göttingen. Die Änderung des Dezernatszuschnitts bleibt dem Rat der Stadt Göttingen vorbehalten.

Gesucht wird eine Führungspersönlichkeit, die über Durchsetzungskraft, soziale, kommunikative, interkulturelle und Gender-Kompetenz sowie innovatives und wirtschaftliches Denken und Handeln verfügt. Darüber hinaus wird die Fähigkeit zu einem konstruktiven Umgang mit den Arbeitsfeldern Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit erwartet. Erforderlich ist eine mehrjährige Berufserfahrung in der Leitung größerer Organisationseinheiten, möglichst auch in der Kommunalverwaltung.

Die Wohnsitznahme in Göttingen wird erwartet.

Göttingen ist das wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum im Süden Niedersachsens. Wir bieten die Beschäftigung bei einer als TOP-Arbeitgeber Südniedersachsen zertifizierten Stadtverwaltung im lebendigen Umfeld einer Universitätsstadt, flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Angebote und Rahmenbedingungen (u.a. Belegplätze in einer betriebsnahen Kita), ein vielseitiges betriebliches Gesundheitsmanagement und attraktive Sozialleistungen. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Zum Abbau der Unterrepräsentanz im Sinne des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes wird die Bewerbung von Frauen besonders begrüßt.

Bewerbungen von Personen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Nähere Auskünfte erteilt Herr Oberbürgermeister Köhler unter der Tel.-Nr. 0551 / 400-2300.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte mit aussagekräftigen Unterlagen bis spätestens **29.03.2016** an die

**Stadt Göttingen
Fachdienst Personalwirtschaft
Breslauer Straße 2
37085 Göttingen**

oder (**bevorzugt**) per E-Mail: Bewerbungen@goettingen.de

Deutscher Städtetag



Der langjährige Bürgermeister der Stadt Sassnitz, **Dieter Holtz**, wurde Ende Februar in Schwerin aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet. Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse bedankte sich für sein großes Engagement und seine Verdienste um den Aufbau und die

Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in Ostdeutschland. Dieter Holtz (Die Linke) wirkte seit 2006 sowohl im Präsidium als auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit. Er war seit 1994 Bürgermeister der Stadt Sassnitz auf Rügen und wurde zweimal im Amt bestätigt. Seine letzte Amtszeit bis zum Ruhestand endete im Dezember 2015.



Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, **Dieter Reiter**, wurde in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt und ist neues Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze.



Katja Wolf, Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach, wurde in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt, sie gehört seit 2012 dem Hauptausschuss an. Wolf (Die Linke) hat das höchste Amt der Stadt seit 2012 inne.

Geburtstage



Manfred Deckert, Oberbürgermeister der Stadt Auerbach/Vogtland, feiert am 31. März seinen 55. Geburtstag. Deckert (parteilos) führt die Stadt seit 2008 und wurde 2015 in seinem Amt bestätigt.



Der Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, **Klaus Herzog**, wird am 29. März 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 16 Jahren an der Stadtspitze und wurde 2006 und 2012 wiedergewählt.



Paul Larue, Bürgermeister der Stadt Düren, feiert am 28. März seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat wurde 2015 in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt und ist seit 2014 Mitglied im Hauptausschuss. Seit 1999 ist Larue Bürgermeister seiner Heimatstadt und wurde bereits dreimal in seinem Amt bestätigt.



Andreas Schulz, Bürgermeister der Stadt Hennigsdorf, wird am 25. März 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat wurde im Mai 1990 bei der ersten freien Kommunalwahl in Ostdeutschland zum Bürgermeister gewählt und 1993, 2001 und 2009 im Amt bestätigt.

Fotos: Stadt Sassnitz; Michael Nagy, Presse- u. Informationsamt München; Stadt Eisenach; Hagen Hartwig, Stadt Auerbach; Till Benzin, Stadt Aschaffenburg; Stadt Düren; Frank Liebke, Stadt Hennigsdorf.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Publikationen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

BESUCHEN SIE UNS!
KONGRESS NEUE VERWALTUNG
Zukunft Digitale Arbeit
28. – 29. APRIL 2016
WCCB BONN | STANDNR. 12

„Mit Interamt
können wir
schnell und
unkompliziert
auf Bewerbungen
reagieren. Davon
profitieren alle!“

NICOLA THOMAS
Teamleiterin Personalplanung und -entwicklung
Landeshauptstadt Magdeburg

MODERNE PERSONALBESCHAFFUNG – EINFACH, FLEXIBEL, EFFIZIENT

Das bedarfsgerecht angelegte E-Recruiting von Interamt automatisiert Standardprozesse, beschleunigt das Bewerbermanagement und macht Ihre Stellenbesetzung nachhaltig und komfortabel.

EFFIZIENZ GEWINNEN UND RESSOURCEN SPAREN: WWW.INTERAMT.DE

 **INTERAMT**.DE

DAS STELLENPORTAL DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Finanzen

Nur verschärfte Regeln oder ganz neues Spiel? Modernisierungs- und Konsolidierungsstrategien im Lichte der Flüchtlingssituation

Bundeskongress Haushalt und Finanzen in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
10. und 11. Mai 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Soziales

Flüchtlingfamilien im Schatten der Hilfe? Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Deutschland

Tagung des Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
14. bis 15. April 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Stadtentwicklung

Tag der Städtebauförderung

Von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden getragener Aktionstag
21. Mai 2016 bundesweit

Weitere Informationen unter www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Wirtschaft

Tag der Kommunalwirtschaft 2016

Kongress mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände und des VKU
15. bis 16. März 2016 in Dortmund

Weitere Informationen unter www.tagderkommunalwirtschaft.de

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis – Vermittlung der Grundlagen anhand von Fallbeispielen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag
13. Mai 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Glücksspiel in Deutschland. Versuch einer Standortbestimmung

Bundesweite Fachtagung des Arbeitskreises gegen Spielsucht e.V.
19. Mai 2016 in Unna

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Kommunale Energiewende

21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
25. bis 26. April 2016 in Kiel

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, März 2016

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de